

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 06.01.2009

Kommunale Finanzmisere in Niedersachsen und ihre Folgen

Nach Expertenmeinungen verkommt die kommunale Selbstverwaltung in vielen Regionen Niedersachsens wegen unzureichender Finanzausstattung zu einer Farce. Nach Einschätzung der Landesregierung können von 465 kommunalen Verwaltungseinheiten in Niedersachsen - Samtgemeinden werden mit ihren Mitgliedsgemeinden zusammengefasst - 176 Körperschaften ihre Verwaltungshaushalte nicht ausgleichen. Mit Stand vom 30. Juni 2008 wurden von den niedersächsischen Kommunen Kassenkredite in Höhe von zusammen 4,4 Mrd. Euro in Anspruch genommen - Tendenz weiter steigend.

Allein für die Sanierung im Schulbereich werden in niedersächsischen Kommunen - einer Umfrage des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes vom 5. Januar 2009 zufolge - bei 131 niedersächsischen Städten und Gemeinden insgesamt 320 Mio. Euro benötigt. Wichtige kommunale Zukunftsprojekte, wie der vom Bund geförderte Ausbau von Kindertagesstätten sind wegen der kommunalen Finanzmisere nicht zu bewältigen. Förderprogramme der Europäischen Union können vielerorts zwischen Ems und Harz nicht genutzt werden, weil wegen mangelhafter Finanzausstattung die geforderte kommunale Kofinanzierung der Programme nicht möglich ist. All das hat zur Folge, dass Kommunen in Niedersachsen gerade unter den Bedingungen zunehmender Rezession die ihnen obliegende Verantwortung als größter öffentlicher Auftraggeber für Investitionen nicht ausreichend wahrnehmen können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Schritte unternimmt sie, um die Strukturkrise der Finanzen von Städten, Gemeinden und Landkreisen in Niedersachsen dauerhaft zu überwinden?
2. Welche entscheidungsrelevanten Analysen und Vorschläge von kommunalen Spitzenverbänden und Sachverständigen für eine Reform bzw. Neuordnung der kommunalen Finanzen in Niedersachsen liegen ihr vor?
3. Teilt sie die Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an die Bundesregierung, zur Abwehr der Wirtschaftskrise und für die Sicherung von Arbeitsplätzen jetzt bundesweit ein Konjunkturpaket für kommunale Investitionen auf den Weg zu bringen und wenn ja, wie will sie die Erfordernisse des Landes und der Kommunen Niedersachsens darin verankert sehen?

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin

(Ausgegeben am 08.01.2009)